

Pro & Contra

Demos auflösen?

Corona Querdenker protestieren ohne Maske. Was tun?

Pro

Corinna Janßen
Redakteurin
Haller Tagblatt



Die Meinungen über die Gefährlichkeit des Coronavirus gehen in der Bevölkerung auseinander. Die Querdenker-Bewegung behauptet sogar, das Virus spalte die Gesellschaft. Aber ist das so? Wer im eigenen Umfeld schwere Krankheitsverläufe von Covid-19 hatte, der überlegt sich sehr gut, wie er sich und seine Liebsten schützt. Wenn ich mir nun demonstrierende Menschen auf der Straße anschau wie die Querdenker in Leipzig, werde ich richtig sauer. Die Vorgaben der Regierung zur Abstandswahrung werden einfach ignoriert. Wenig später sitzen diese Menschen in Zügen und Bussen. Mit ihrer Laissez-faire-Haltung gefährden sie andere. Das Virus hält sich nämlich auch auf Oberflächen. Hinzu kommt, dass sich derzeit bei vielen Corona-Infektionen nicht mehr nachweisen lässt, wo sich die Betroffenen angesteckt haben. Bei der Bekämpfung einer Pandemie ist das fatal. Die Gefahr lauert also überall – möglicherweise auch auf der Straße. Deshalb steht für mich ganz klar fest: kein Abstand, keine Maske – Demo auflösen!

Contra

Elisabeth Schweikert
Redakteurin
Haller Tagblatt



Vor zwei Wochen protestierten 300 Querdenker auf dem Haller Marktplatz gegen die Corona-Verordnung. Masken wurden keine getragen, die Abstände nicht immer eingehalten. Muss die Polizei solche Kundgebungen auflösen? Ich meine, das ist nicht angemessen. Anders als in Leipzig verlief in Hall die Versammlung gewaltfrei. Auf der freien Fläche zwischen Rathaus und St. Michael war Luft, die Ansteckungsgefahr ohne Maske dürfte gering gewesen sein. Beim Marsch durch die Kernstadt konnten Passanten den Zug meiden. In diesem Fall die Kundgebung und den Demonstrationszug laufen zu lassen, ist kein Laissez-faire, das ist besonnenes Handeln. Natürlich ist es von den Querdenkern frech, die Regeln nicht einzuhalten und auf diese Weise zu provozieren. Doch würde die Polizei einschreiten, jeden abgreifen und Bußgelder verhängen, die Demonstration abblasen, wäre der Schaden weit größer. Die Querdenker würden sich als Opfer eines angeblich übergriffigen, totalitären Staates stilisieren. Deshalb besser: cool bleiben.

Keine Brüder, sondern Bekloppte

Vorurteile Wo hört Kriminalitätsbekämpfung auf, wo fängt Rassismus an? Die Polizei ist in den Ruf geraten, die Grenze nicht zu kennen. Verwechseln wir Gangster- mit Einwandererkultur? Von Jasamin Ulfat-Seddiqzai

Zum Thema Rassismus bei der Polizei gibt es viele Fragen: Sind Rassisten Einzeltäter oder ist das Problem strukturell? Sind die Hitler-Chats Satire? Und dann geistert da noch eine Idee im Hinterkopf herum, die sich niemand so richtig auszusprechen traut: Könnte es sein, dass ein bisschen Rassismus für die Polizeiarbeit ganz hilfreich ist?

Vor Gericht wird ein Clan-Verbrechen verhandelt, die ganze Familie taucht auf. Alt und Jung beschimpfen Journalisten, fluchen auf Arabisch – manchmal spuckt einer. Die steroid-gespritzten Zuhälter, die in die Kamera fauchen, lösen beim Zuschauer Zorn und Fremdscham aus.

Gleichzeitig hören wir, dass pauschale Verurteilungen rassistisch sind. Dass Racial Profiling die Gefühle „unserer migrantischen Mitbürger“ verletzt, Clan-Kriminalität vielleicht sowieso nur Ergebnis unserer Diskriminierung ist. Kann das sein? Wäre Arafat Abou-Chaker ein lammfrommer Engel, wenn es im Viertel mehr Jugendzentren gegeben hätte? Ganz ehrlich? Mehr Jugendarbeit kann nie schaden, aber allein darauf verlassen kann man sich auch nicht. Dafür ist die Clan-Kriminalität zu organisiert.

Fahndung wegen Klischees

Das Hauptargument für Racial Profiling ist: Wenn viele Verbrecher aus einem bestimmten Kulturkreis kommen, warum nicht gezielt nach ihnen suchen? Nicht jeder, der Libanese ist, ist Clan, aber viele Clanmitglieder sind Libanesen. Klingt logisch, oder?

In den USA hat sich diese Idee nicht bewährt. Das gängige Täterprofil bei Drogendealern – junger, schwarzer Mann, 1,80 groß – hat dazu geführt, dass alle Täter, die man erwischte, junge, schwarze Männer waren. Drogendealer, die



Ein Polizist kontrolliert in einem Zug Reisende mit afrikanischer Herkunft. Steckt dahinter Racial Profiling oder ein konkreter Verdachtsmoment? Eine schwierige Frage. Symbolfoto: dpa/Oliver Dietze

nicht dem Klischee entsprachen, kamen davon. Und so füllten sich zwar die Gefängnisse mit schwarzen Männern. Das Drogenproblem wurde aber nicht gelöst.

Rassismus bei der Polizei drückt sich auch darin aus, dass man glaubt, kriminelles Verhalten sei in manchen Kulturen normal. Dazu ein Beispiel: Vor Jahren hielt mein Mann gemeinsam mit einem anderen einen aggressiven jungen Typen davon ab, einen kleinen Jungen zu verprügeln. „Lasst mich, das ist mein Cousin!“, rief der Schlagende. Alle Beteiligten hatten einen Migrationshintergrund.

Der hinzugerufene Polizist ließ sich die Situation schildern. Und jetzt ein kleines Ratespiel. Hat der Polizist a) dem jungen Mann ins Gewissen geredet und seine Personalien aufgenommen? Oder hat er b) mit den Achseln gezuckt und bedauernd „Da kann ich nichts machen, das ist bei denen normal“ gesagt?

Leider haben Sie richtig geraten. Sein Weltbild erlaubte ihm, hier „Rücksicht“ auf vermeintlich kulturelle Eigenheiten zu nehmen. Während mein Mann ihm erklärte, dass es bei „uns“ auch falsch ist, Kinder zu schlagen, ließ der Polizist den jungen Mann

ohne Ermahnung gehen. Immerhin konnte das Kind vorher abhauen.

Ähnliches begegnet uns auch beim organisierten Verbrechen. Kriminelle Menschen arabischer Herkunft haben nicht „ihre Werte“ mit nach Deutschland gebracht. Man muss sie nicht sanft an Recht und Gesetz gewöhnen. Egal, wie oft einer dieser Männer mit erhobenem Zeigefinger und primitiven Drohungen in die Kamera frotzelt, dass er „nur vor Gott“ Angst hätte – das macht ihn nicht zum prototypischen Araber, es macht ihn zum prototypischen Gangster.

Niemand möchte, dass Gewalttäter frei herumlaufen. Denn das größte Unheil richten diese Menschen in ihren eigenen Vierteln an. Selten zahlt das schicke Café im Luxusviertel Schutzgeld, meist ist es der Döner-Imbiss neben dem Wettbüro. Bevor jemand eine Goldmünze aus dem Bode-Museum stiehlt, hat er schon eine Menge Menschen ausgeraubt, die nicht mit Alarmanlagen gesichert sind.

Typisch Araber, typisch Gangster

Recht und Gesetz sind keine „westlichen Werte“, sondern halten Gesellschaften zusammen, ganz egal ob in Europa oder in Asien. Wer Gesetzestreue zum „westlichen Wert“ macht, erklärt andere Kulturkreise zum Hort der Barbarei – und schenkt Kriminellen eine willkommene Ausrede.

Ja, wir Menschen mit Migrationshintergrund kochen vielleicht mit anderen Gewürzen. Aber wenn wir zwielichtige Gestalten sehen, die Polizisten anrotzen und Journalisten „Fick dich, du Hurensohn“ entgegenrufen, sehen wir nicht als Allererstes „Brüder“, sondern Bekloppte. Wenn man aber glaubt, dass sie aufgrund ihrer „Kultur“ nicht anders können, dann erweist man dem Antirassismus einen Bärendienst.

Info Jasamin Ulfat-Seddiqzai lehrt und forscht an der Universität Duisburg-Essen zu britischer Literatur im 19. Jahrhundert. Ihre Schwerpunkte umfassen dabei Themen wie Orientalismus, Stereotypenbildung und Männlichkeitsbilder, insbesondere im Kontext der Anglo-Afghanischen Kriege, über die sie derzeit ihre Dissertation schreibt.



Der Beitrag wurde auf Deutschlandfunk Kultur gesendet. Besten Dank für die Abdruckgenehmigung.

Außenansicht
Wolfgang Sartorius

zur Grundsicherung in der Corona-Pandemie

Damit arme Menschen nicht unter die Räder geraten

Die außergewöhnlichen Belastungen durch eine weltweite Pandemie sind in den Berechnungen der Regelsätze nicht vorgesehen. Völlig zu Recht nimmt die Koalition gerade viele Milliarden in die Hand, um die Folgen der Pandemie für Unternehmen und Arbeitnehmer abzumildern. Aber weshalb nicht auch für diejenigen, die vom Existenzminimum leben und am meisten der Unterstützung und Solidarität bedürfen? Angesichts steigender Infektionszahlen und einem zweiten Teil-Stillstand des Landes muss eine Erhöhung der Grundsicherung erfolgen. Bereits Mitte März hatte sich der diakonische Einrichtungsvorstand Erbacher Höhe deshalb an den zuständigen Bundesmi-

nister Hubertus Heil gewandt. Zusammen mit der Diakonie Württemberg und weiteren Wohlfahrtsverbänden wurde eine zumindest vorübergehende Anhebung des Regelsatzes um 100 Euro für Erwachsene und 80 Euro für Minderjährige angemahnt. Leider ohne Erfolg.

Einkommensarme Menschen wurden von den Folgen der ersten Pandemiephase besonders hart getroffen. Die gestiegenen Preise für frische Lebensmittel, Masken und Hygieneprodukte rissen tiefe Löcher in die ohnehin schmalen Geldbeutel von Hartz-IV-Bezieherinnen. Zugleich entfielen vielerorts günstige Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten, da Sozialkaufhäuser, Tafelläden und Mittagstische schließen mussten. Beides zu-

sammen führte bei vielen einkommensarmen Menschen dazu, dass das Geld hinten und vorne nicht reicht. Leider hat die Politik trotz intensiver Forderungen darauf nicht angemessen reagiert. Abgesehen von Familien mit Kindern, die jetzt im Herbst Einmalzahlungen bekommen haben, haben Arme keinerlei finanzielle Zuschläge in der Krise erhalten!

Auch die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche, die durch Corona beschleunigt wird, stellt Menschen im Grundsicherungsbezug vor große Probleme: Ohne Laptop oder Smartphone können Kinder aus einkommensarmen Familien nicht am digitalen Schulunterricht teilnehmen. Selbst ein Termin beim Arzt ist häufig nur

noch mit einer Online-Voranmeldung möglich. Digitale Teilhabe muss allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Die vom Bundeskabinett für das Jahr 2021 beschlossene Erhöhung des Hartz-IV-Satzes ist angesichts der Lebenssituation einkommensarmer Menschen lebensfremd, die Berechnungsmethode mehr als fragwürdig. Gerade mal 14 Euro mehr im Monat erhält ein Erwachsener, der allein lebt, ab dem 1. Januar 2021. Dies entspricht einer Anhebung von 432 auf 446 Euro. Das reicht hinten und vorne nicht angesichts der aktuellen Situation. Die Politik ist deshalb gefordert, die Regelsätze zumindest vorübergehend so anzuhe-

ben, dass einkommensarme Menschen, die durch die Corona-Pandemie verursachten Mehrkosten stemmen können und nicht zusätzlich benachteiligt werden. Das muss jetzt und umgehend passieren. Besser wäre es aber, endlich das repressive „Hartz-System“ zu überwinden und in einkommensarmen Menschen das zu sehen, was sie sind: Bürger eines sehr reichen Landes, die angemessene finanzielle Mittel zur vollwertigen Teilhabe benötigen.

Info Wolfgang Sartorius (58), Diakon und Sozialarbeiter, ist Geschäftsführer der Vorstand des Sozialunternehmens Erlacher Höhe. Er leitet seit 1996 die Einrichtung, die Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg ist.

HOOLGAASCHT



Sou bleed muasch erschtmoool seij, dass di als Klaakriminellr aufs Spreng von Zigarettas-Automata schpezialisierschd. Doo braugsch illegale Böllr, Werkzejch, Hendschich, Kapp, Mask und an Miitschtreider. Außerdem muasch mitta in dr Noocht uffschteahna. Am End erbeuteschd a bessers Taschageeld – und erchadwann wersch erwischd. Buawa, mit ehrlicher Erwet ded's besser aussecha.

NACHGEFRAGT



... bei Klaus Anthes, Pfarrer in Schwäbisch Hall: Der Volkstrauertag gehört zu den „stillen Feiertagen“. Wieso werden sie so genannt?

„An den stillen Tagen gilt öffentliches Tanzverbot. Zu diesen Gedenktagen gehören in Baden-Württemberg auch das Wochenende vom Karfreitag und der Totengedenktag nächsten Sonntag. Die Tanzverbote wurden 2015 gelockert.“



Und tschüss!

Der „kleine Diktator“ Viktor Orban – so nannte ihn einst EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker – probt den Aufstand. Da sind sich 28 EU-Staaten über den 1,8-Billionen-Euro-Etat und den Corona-Hilfsfonds einig, und der Ungar will das Projekt blockieren. Weil es auch um die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien geht. Wie bitte? Rechtsstaatlichkeit ist ein Markenzeichen der EU. Darauf darf unter keinen Umständen verzichtet werden. Auf Ungarn, und wenn es die Polen auch so wollen, schon eher. Die können sich ja den Briten anschließen. Viel Glück! Felix Arl